



Frauen in einer Textilfabrik in Dhaka (Bangladesch): Viele von ihnen haben ihre Jobs verloren, nachdem internationale Modeketten wegen der Corona-Krise Aufträge stornieren mussten. Die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und die mangelnde Rücksicht auf den Umweltschutz bei der Produktion stehen schon länger in der Kritik.

© picture-alliance/dpa

## Vorschläge für eine starke Demokratie

**STAAT** Die Demokratie und ihre Institutionen müssen verteidigt und gestärkt werden. Darin waren sich im Grunde, bei teilweise sehr unterschiedlicher Nuancierung, die Rednerinnen und Redner der Debatte unter dem Titel „Starke Demokratie, handlungsfähiger Staat und nachhaltige Finanzen“ einig. Die Oppositionsfaktionen hatten zu dem Tagesordnungspunkt am vergangenen Mittwoch ein breites Spektrum an Anträgen und Gesetzentwürfen vorgelegt: Die Grünen brachten beispielsweise den Entwurf für ein Demokratiefördergesetz ein. Die FDP schlug eine „implizite Schuldenbremse“ vor. Beide Fraktionen lieferten auch Vorlagen mit der Forderung nach einem Presseauskunftsgesetz. Die AfD wiederum verlangte unter anderem einen Wandel in der Migrationspolitik, ein umfassendes Kopftuchverbot sowie ein Verzicht auf die CO<sub>2</sub>-Besteuerung. Alle Vorlagen wurden abgelehnt beziehungsweise zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Gottfried Curio (AfD) forderte einen „nachhaltigen Politikwechsel“, um „die Werte der deutschen Demokratie zu bewahren, um diesen Staat handlungsfähig zu halten, um die Finanzen nachhaltig für die Zukunft zu ordnen“. Stattdessen sehe man aber eine Politik „geboren aus einer amoklaufenden globalistischen Ideologie, die das Gegenteil bewirkt“, meinte Curio.

**Bedrohungen** Für die FDP-Fraktion sagte Konstantin Kuhle, es gehe im Sinne der Nachhaltigkeit um „die Widerstands- und Regenerationsfähigkeit der Demokratie und ihrer Institutionen“. Es sei an der Zeit, die Institutionen gegen die Bedrohung von den Rändern – „und hier ganz besonders von der rechtsextremen Seite“ – zu verteidigen. Dafür benötige es unter anderem eine Stärkung der Kommunalpolitik, meinte Kuhle.

Rita Hagl-Kehl (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, hob die Leistungsfähigkeit von Demokratie und Rechtsstaat auch unter Pandemiebedingungen hervor. Sie betonte, dass der demokratische Konsens in „einer bunten, vielfältigen Gesellschaft die große Kraftquelle unseres Gemeinwesens“ sei. Dieser Konsens sei es auch, „der unsere Institutionen stark macht“. Damit werde ein zentraler Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung geleistet.

Petra Pau (Die Linke) sagte, „unsere Demokratie steht keineswegs auf sicheren Füßen“. Sie müsse immer verteidigt und grundsätzlich weiterentwickelt werden. Gegen Demokratieverdruss helfe nur mehr Demokratie, vor allem mehr direkte Demokratie. Pau forderte zudem einen stärkeren Kampf gegen Rechtsextremismus. Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf den Grünen-Vorschlag eines Demokratiefördergesetzes. Dies sei „angesichts von verschwörungsideologischen Protesten in der Coronapandemie“ noch wichtiger geworden.

**Schuldenbremse** Andreas Jung (CDU) ging auf nachhaltige Finanzpolitik ein. Das bedeute: „Wir müssen mit dem Geld, das wir haben, mit den Einnahmen, die uns zukommen, auskommen.“ Jung hob hervor, dass dieses Prinzip mit der Schuldenbremse im Grundgesetz verankert worden sei. Diese sehe auch Ausnahmen in Krisenzeiten vor. Davon sei in diesem Jahr Gebrauch gemacht worden, davon werde auch im nächsten Jahr Gebrauch gemacht. 2022 müsse aber zur Schuldenbremse – und so schnell wie möglich zur Schwarz-Null – zurückgekehrt werden. *scr* ||

# Im Krisenmodus

**ENTWICKLUNG** Mehrheit der Fraktionen fordert mehr Engagement, AfD will Hilfen streichen

Nach sieben Debatten zur Nachhaltigkeit in allen Facetten richtete Gerd Müller eine Bitte an die Abgeordneten: „Bitte lasst uns konkret werden.“ Mit vernüftem Lächeln in die Reihen vor ihm blickend präsentierte der Bundesentwicklungsminister von der CSU daraufhin seine Vorschläge: „Dieses Parlament und alle Ministerien stellen sich klimaneutral. Treten wir der Allianz für Klima und Entwicklung bei. Applaus, außer auf Seiten der AfD. Doch Müller war noch nicht fertig. Bundeswehr, Polizei, Länder und Kommunen sollten auf eine nachhaltige Beschaffung umstellen, die Bundesregierung die Einfuhr von Soja und Palmöl nur noch aus entwaldungsfreien Lieferketten erlauben, das Handelsabkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten um eine Nachhaltigkeitsklausel erweitert werden. Und der Kabinettskollege, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), solle endlich aufhören, das von Müllers Haus vorgelegte Lieferkettengesetz

**»Menschenrechte sind unteilbar und müssen umgesetzt werden.«**

Sascha Raabe (SPD)

zu torpedieren. Beherzten Schrittes verließ Müller nach seiner Rede das Pult. Bei der kommenden Bundestagswahl will der CSU-Politiker nicht noch einmal antreten, bis dahin will der Ressortchef die Zeit offenbar nutzen, um Kernprojekte wie das Lieferkettengesetz (siehe Stichwort) durchzusetzen. Dieses soll im Ausland produzierende deutsche Unternehmen verpflichten, ihre Lieferketten offenzulegen und Zulieferer auf Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen. Wirtschaftsminister Altmaier stört daran unter anderem, dass es bei Verstößen auch zivilrechtliche Konsequenzen geben soll, weswegen sich die Verabschiedung des Entwurfs im Kabinett seit Wochen verzögert. In der Debatte sprangen der Koalitionspartner und Teile der Opposition bei.

Laut einer Umfrage befragten 75 Prozent der Bundesbürger ein „scharfes Lieferkettengesetz“, betonte Sascha Raabe (SPD) und nannte es falsch, dass Altmaier das Vorhaben verwässern wolle. „Ausbeutung darf kein Wettbewerbsvorteil sein“, konstatierte er. „Menschenrechte sind unteilbar und müssen umgesetzt werden.“ Auch nach Ansicht von Heike Hänsel (Linke) ge-

hört zu gerechten Wirtschaftsbeziehungen auch die Verantwortung von Unternehmen für ihre ausgelagerte Produktion. Ausbeutung und Umweltzerstörung müssten endlich bestraft werden. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hatten jeweils Anträge (19/15777, 19/16061, 19/16883) vorgelegt, die der Bundestag jedoch ablehnte. Genauso wie sechs weitere Initiativen der Linken unter anderem zum Stopp des Mercosur-Abkommens und vier Anträge der Grünen, in denen diese sich etwa für eine Aufstockung der internationalen Klimafinanzierung und „völkerrechtlich verbrieft individuelle Mobilitätsrechte“ im Falle von „klimabedingter Migration“ aussprachen. Claudia Roth (Grüne) erklärte dazu, die Klimakrise führe zu „dramatischen Veränderungen“ in der Welt, schon jetzt würden in Folge des Klimawandels innerstaatlich mehr Menschen vertrieben als durch Gewalt und Konflikte. „Es ist höchste Zeit, die millionenfache klimabedingte Flucht und Vertreibung ernst zu nehmen“ und zu handeln, mahnte die Grünen-Politikerin. Olaf in der Beek (FDP) ergänzte, allein bis zum Jahresende würden wegen der Corona-Pandemie und der sich zuspitzenden Klimakrise bis zu 136 Millionen Menschen zusätzlich von Hunger bedroht sein. Deutschland müsse daher seiner Verantwortung gerade gegenüber den am wenig-

sten entwickelten Länder der Erde gerecht werden und Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und Umweltschutz zusammendenken. „Corona darf nicht dazu führen, dass wir in diesen Fragen vom Kurs abkommen“, warnte er. Zwei Anträge seiner Fraktion (19/9856, 19/22473), in denen diese eine bessere Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder und eine internationale Gemberkonferenz für den Wald forderten, fanden gleichwohl keine Mehrheit.

### STICHWORT

#### Lieferkettengesetz

**> Ziel** Es soll es deutschen Unternehmen ab 500 Mitarbeitern dazu verpflichten, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette Menschenrechte und Umweltauflagen zu achten. Unternehmen sollen vor Gericht für Verfehlungen zur Verantwortung gezogen werden können. Bislang beteiligen sich 81 Unternehmen freiwillig am Bündnis für nachhaltige Textilien.

**> Kritik** Das Wirtschaftsministerium warnt vor Belastungen insbesondere für mittelständische Unternehmen und lehnt eine zivilrechtliche Haftung ab.

Die AfD verlangt von der Bundesregierung indes, neu zugesagte Entwicklungsmittel und Zahlungen für Klimaschutz im Ausland zu streichen und sowohl aus dem Pariser Klimaabkommen als auch der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auszustiegen. Das untermauert sie mit zwei Anträgen (19/22468, 19/22469), die der Bundestag an die Ausschüsse überwies. Einen Antrag (19/15737), in dem sich die AfD für eine Stärkung des afrikanischen Binnenmarkts einsetzt, lehnte das Plenum ab. Markus Frohnmaier (AfD) verwies auf drei Millionen Arbeitslose und sieben Millionen Kurzarbeiter in Deutschland und warf den übrigen Fraktionen „Panikmache“ und Gleichgültigkeit gegenüber dem „Leid der Deutschen“ vor. Die Grünen, urteilte er, wollten zudem ein „Umsiedlungsprogramm für Klimafüchtlinge“ und die Abschaffung Deutschlands forcieren. Für Volkmar Klein (CDU) ist es hingegen nicht nur ein „ethisches Gebot“, ärmeren Ländern zu helfen. Es liege auch „im praktischen Interesse Deutschlands“ zu verhindern, dass die Welt instabiler werde „und wir unseren Wohlstand, unsere Freiheit und unsere Sicherheit verlieren“. Der Etat des Entwicklungsministeriums sei daher von 3,7 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 12,4 Milliarden angewachsen, lobte Klein: „Wir machen damit deutlich, wo unsere Prioritäten sind.“ *Johanna Metz* ||

## Gemischtes Zeugnis von der OECD

**BILDUNG** Opposition sieht Deutschland als Schlusslicht bei Digitalisierung und Zukunftstechnologien

Lehrermangel, Nachholbedarf beim digitalen Lernen und unterdurchschnittliche Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellt Deutschland in ihrem Anfang September erschienenen Bildungsbericht allenfalls ein gemischtes Zeugnis aus. Eine Steilvorlage für die Opposition, die die Politik der Bundesregierung während einer Debatte über insgesamt 15 Anträge zu den Themen Innovation, Bildung und Digitalisierung am vergangenen Donnerstag heftig anging. Rund sechs Millionen Analphabeten, wieder schwächere Ergebnisse bei der jüngsten Pisa-Studie, zu wenig Betreuung für Kinder unter drei Jahren – und besonders schmerzhaft: „Unsere digitale Bildungsrepublik bekommt eine Ohrfeige nach der anderen“, empörte sich Thomas Sattelberger (FDP). Die Studienergebnisse seien eindeutig: „Deutschland ist Schlusslicht beim digitalen Lernen!“ Ministerin Anja Karliczek (CDU) müsse endlich handeln, forderte der Liberale. Es brauche schnell Fortbildung für Lehrkräfte und eine Entbürokratisierung des Digitalpaktes, sonst werde Deutschlands Bildung „in dieser Legislaturperiode nicht mehr zukunftsfit“. Harsch fiel auch die Kritik der AfD aus: Das Beispiel der stockenden IT-Moderni-

sierung von 180 Bundesministerien und -behörden sei eine „Bankrotterklärung“ und zeige erneut, dass die Bundesregierung wenig Sachverstand und Interesse am Zukunftsthema Digitalisierung habe, sagte Joana Cotar. „Wäre es anders, hätten wir längst ein Digitalministerium und der Ausschuss Digitale Agenda müsste nicht um jede Federführung kämpfen.“



In der Kritik: Ministerin Anja Karliczek (CDU)

Petra Sitte (Linke) forderte mehr Investitionen in für die demokratische Gesellschaft grundlegende Bereiche wie Bildung, Wissenschaft, Forschung, aber auch Kultur, Gesundheit, Pflege und öffentliche Infrastruktur. Es brauche Innovationen, ja – aber diese seien nicht per se nachhaltig, gab die Linken-Politikerin zu bedenken. Das gleiche gelte für die Digitalisierung. Wer Gesellschaft und Wirtschaft „nachhaltig, umweltverträglich und sozial“ gestalten wolle, müsse auch bei der Förderung von Forschung, Innovation und Digitalisierung auf Nachhaltigkeit achten, mahnte Sitte. Dazu brauche es politischen Willen. Dieser aber fehle der Bundesregierung offenbar schon bei der Umsetzung ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie.

**Klimaneutrale Technologien** Den Finger in die Wunde legte auch Anna Christmann (Grüne): Sie bemängelte die Innovations- und Forschungsförderung als zu wenig zielgerichtet. Der Klimawandel sei die „größte Herausforderung des Jahrhunderts“, aber das Forschungsministerium wisse nicht einmal genau, wie viel Geld aus der Hightech-Strategie oder aus dem aktuellen Konjunkturpaket in die Förderung klimaneutraler Technologien fließe. „Priorität für Klimaschutz sieht anders aus!“ Ein zukunftsfähiger Mobilitätsstand-

ort erfordere steigende Investitionen in E-Mobilität und die entsprechende Forschung dazu. „Im Ministerium aber sinken die Ausgaben!“, monierte Christmann.

**Zukunftspaket** Michael Meister (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Forschung, hielt dagegen: Mit dem 60 Milliarden schweren „Zukunftspaket“ fördere die Regierung bewusst Bildung, Forschung und Zukunftstechnologien wie etwa Grünen Wasserstoff und Künstliche Intelligenz. Ziel sei es, Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft zu erneuern – und zwar „strukturell und über einen konjunkturellen Impuls hinaus“. Zuvor hatte auch Familienministerin Franziska Giffey (SPD) betont, wie keine andere zuvor investiere die Bundesregierung in Bildung. Ob mit dem Gute-Kita-Gesetz oder den Investitionen aus dem Konjunkturpaket in Digitalisierung und Ausbau von Ganztagschulen: „Ich bin zuversichtlich, dass wir die richtigen Weichen stellen können.“ *Sandra Schmid* ||

Anzeige



Deutscher Bundestag

## Ausschreibung Medienpreis Parlament 2021

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 5. Oktober 2020  
Teilnahmebedingungen unter  
<http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag  
Fachbereich WD 1  
Medienpreis Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

E-Mail: [medienpreis@bundestag.de](mailto:medienpreis@bundestag.de)  
Telefon: +49 30 227-38630



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

